

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 24.10.2025)

Titel: **Saarländische Stahlindustrie stärken –
wettbewerbsfähig, klimaneutral und
zukunftsicher**

Antragstext

Der Parteitag möge beschließen:

Die saarländische Stahlindustrie ist das industrielle Rückgrat unserer Region. Tausende Beschäftigte arbeiten in den Werken von Dillingen, Völklingen und Umgebung. Auch zahlreiche Zulieferer hängen an der Stahlindustrie. Sie sichern Wohlstand, Fachkräftebindung und sind ein Teil unserer regionalen Identität. Doch die Branche steht unter massivem Druck: hohe Energiepreise, unklare Rahmenbedingungen und ein globaler Preiskampf bedrohen die Zukunft ganzer Standorte. Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, verschlimmern die Lage dramatisch. Sie möchte die europäischen Klimaziele abschwächen und greifen die CO₂ Bepreisung an. Damit wären die wesentlichen Grundlagen der Transformation der saarländischen Stahlindustrie bedroht. Europäische Wettbewerber in der Stahlindustrie setzen längst auf diese Entwicklung. Die fatale Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung mit dem Wegfall klarer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft entwickelt sich zu einem veritablen Standortrisiko.

Gerade für ein industriell geprägtes Bundesland wie das Saarland ist die Transformation der Stahlproduktion zur Klimaneutralität eine Frage von sozialer Gerechtigkeit, industrieller Souveränität und regionaler Zukunftsfähigkeit. Wenn die Transformation nicht gelingt, drohen nicht nur Arbeitsplatzverluste, sondern auch die Abwanderung von Wissen. Das Saarland unterstützt die Transformation mit erheblichen Mitteln aus dem Transformationsfonds. Sollte diese scheitern, wäre die Belastungen für den saarländischen Haushalt enorm und eine Zukunftschance

vertan.

Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur können Brücken, Straßen und Schienen in ganz Deutschland ertüchtigt oder ausgebaut werden. Ob im Verkehr, der Energieinfrastruktur, oder der Automobilindustrie - Stahl ist ein wichtiger Grundstoff für die Industrie. Angesichts der verschärften geopolitischen Lage ist die saarländische Stahlindustrie auch eine Sicherheitsfrage: Nur mit einer eigenen, deutschen Produktion reduzieren wir Abhängigkeiten.

Die saarländischen Grünen fordern die Bundesregierung auf,

- **ein klares Bekenntnis zum Erhalt der saarländischen Stahlstandorte abzugeben** und dafür Sorge zu tragen, dass die Transformation zu klimaneutraler Stahlproduktion gelingt.
- **verlässliche Rahmenbedingungen für grünen Wasserstoff zu schaffen** und den schnellen Anschluss des Saarlands an die europäische Wasserstoff-Infrastruktur zu gewährleisten. Pinker Wasserstoff darf nur eine Übergangslösung bleiben, es ist sicherzustellen, dass auf die Nutzung grünen Wasserstoffs hingewirkt wird. Es braucht einen verlässlichen deutschen oder europäischen Industrie-Wasserstoffpreis, weil Stahlpreise sehr sensitiv auf Wasserstoffpreise reagieren. Eine verspätete Reduktion der CO₂-Zertifikate bis in die 2040er, wie von Thyssenkrupp fordert, stellen wir uns - wie die saarländische Stahlindustrie - entgegen. Die Bundesregierung muss dem eine Absage erteilen.
- **faire Wettbewerbsbedingungen für saarländische Produzenten** sicherzustellen, in dem EU-weiten Schutzzöllen gegen klimaschädliche Billigimporte aus Drittstaaten sowie die Ausweitung des CO₂-Grenzausgleichs (CBAM) auf nachgelagerte Produkte. Es müssen dringend weitere Förderprogramme durch die Einnahmen des CO₂-Grenzausgleichs aufgelegt werden, die die europäische Stahl- und Wasserstoffindustrie bei der grünen Transformation zu unterstützen.
- Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene entschieden dafür einsetzen, dass der **Start des EU-ETS 2 im Jahr 2027** wie geplant erfolgt – ohne das System abzuschwächen. Die saarländische Stahlindustrie hat sich, im Vertrauen auf stabile politische Rahmenbedingungen, mit milliardenschweren Investitionen auf den Weg zu Green Steel gemacht. Eine Abschwächung des Systems würde der saarländischen Stahlindustrie schaden und zu massiven Wettbewerbsnachteilen im europäischen Markt führen.

- 58 • **grüne Leitmärkte** zu schaffen, insbesondere durch Mindestquoten für
59 klimaneutralen Stahl in der öffentlichen Beschaffung und gemeinsame
60 Beschaffungsinitiativen zwischen Bund, Ländern und Kommunen; sowie durch
61 die Integration verbindlicher Nachhaltigkeits-, Resilienz- und EU-
62 Inhaltskriterien (local content requirements) und der Tariftreue in die
63 öffentliche Beschaffung. Die Einführung eines Label-Systems für
64 klimafreundlichen Stahl muss konsequent verfolgt werden (LESS, Low
65 Emissions Steel Standard).
- 66 • **die Strom- und Netzentgelte** für energieintensive Betriebe zu senken, um
67 faire Produktionsbedingungen im europäischen Vergleich zu gewährleisten;
- 68 • **Förderprogramme wie Klimaschutzverträge** unter klaren sozialen Bedingungen
69 zu verstetigen und die Tarifbindung, starke betriebliche Mitbestimmung und
70 verbindliche Qualifizierungs- und Transformationspläne für die
71 Beschäftigten zu stärken. Klimaschutzverträge sind ein geeignetes
72 Förderinstrument, um die Planungssicherheit zu gewährleisten und
73 Standortgarantien zu festigen.
- 74 • **den Strukturwandel sozial abzusichern** durch gezielte
75 Weiterbildungsprogramme, Qualifizierungsnetzwerke und frühzeitige
76 Beteiligung der Betriebsräte an Transformationsentscheidungen. Die
77 Ausbildung qualifizierter Fachkräfte im Saarland sollte gestärkt werden,
78 in dem die finanzielle Übernahme und der Kapazitätsaufbau von Ausbildungs-
79 und Studienplätzen vollständig umgesetzt werden.

80 Die saarländische Stahlindustrie hat ihre Bereitschaft zur Transformation längst
81 bewiesen. Projekte wie die geplante Umstellung auf wasserstoffbasierte Prozesse
82 sind wegweisend. In Verbindung mit einer Strategie, die auf Diversifizierung und
83 die Stärkung von Handwerk, Mittelstand und Innovation setzt, können wir die
84 richtigen Rahmenbedingungen schaffen, um das Saarland zukunftsfest aufzustellen.
85 Doch aktuell droht die Bundesregierung, die Branche durch zögerliches Handeln zu
86 gefährden. Das Projekt gelingt aber nur, wenn Bund, Land und Unternehmen
87 gemeinsam Verantwortung übernehmen.